
Russland und andere GUS-Staaten

ALEXANDER RAHR

Aus russischer Sicht könnte das Jahr 1999 als ein positiver Wendepunkt in die russische Geschichte eingehen. Russland gelang es, vier wichtige Probleme zu lösen. Erstens wurde die schwere Finanzkrise vom August 1998 überwunden. Zweitens konnte mit der friedlichen und demokratischen Machtübergabe der Präsidentschaft von Boris Jelzin zu Vladimir Putin kurz vor Silvester 1999/2000 die politische Kontinuität bewahrt und die politische Stabilität im Lande mittelfristig gesichert werden. Drittens wurde die separatistische Republik Tschetschenien, von deren Boden aus jahrelang terroristische Überfälle auf südliche Gebiete Russlands verübt wurden, dem russischen Staatsverband mit militärischer Gewalt wieder einverleibt. Viertens konnte eine gefährliche Konfrontation mit dem Westen und der NATO während des NATO-Krieges im Kosovo vermieden und sogar eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Krisengebiet im Rahmen der KFOR hergestellt werden.

Russland und der Kosovo-Konflikt

Aus der Sicht der EU war 1999 kein gutes Jahr für die russisch-westlichen Beziehungen.¹ Nach den russischen Drohgebärden gegenüber dem Westen während der ersten beiden Monate der NATO-Bombardements auf Jugoslawien, wusste man zunächst nicht so recht, wie sich Russland im Konflikt verhalten würde. Mal drohte der russische Kremlchef Jelzin mit Atomwaffen, mal mit einer strategischen Allianz mit China, mal mit einem Beitritt Jugoslawiens zum russisch-weißrussischen slawischen Bund. Russland wurde durch die NATO isoliert: Die mittelosteuropäischen Staaten, einschließlich der Ukraine, verweigerten Russland die Überfluggenehmigung für Militärtransporte nach Kosovo. Die NATO zwang Russland auch dazu, die Erdölblockade gegenüber Jugoslawien einzuhalten. Auch politisch konnte die NATO auf ihrem Gipfel in Washington im April 1999 gegenüber Russland ihre künftigen Interessen in Osteuropa und im postsowjetischen Raum klar durchsetzen. Trotz großer russischer Vorbehalte wurden die drei baltischen Staaten als potenzielle NATO-Beitrittskandidaten für die zweite Erweiterungsrunde genannt.

Ein Konflikt zwischen der NATO und Russland als Folge des Kosovo-Konfliktes wurde dennoch vermieden, weil Jelzin und seine Führungsmannschaft die Westorientierung als existenzielle Notwendigkeit für das wirtschaftliche Überleben Russlands verstanden. Auch während des Krieges rettete Jelzin durch sein persönliches Eingreifen die Politik der Westorientierung Russlands, u.a. durch den taktisch klugen Einsatz von Ex-Premierminister Wiktor Tschernomyrdin als Russlands

Sonderbevollmächtigten. Russland sprach zwar mit großrussischer Zunge, war aber insgesamt bereit, eine pragmatische und konstruktive Partnerschaft mit dem Westen einzugehen – um sich die Perspektive einer Rückkehr als Großmacht in die Weltpolitik mit westlicher Wirtschaftshilfe nicht zu versperren (das Militär trug diese Linie zähneknirschend mit). Als die russische Duma die nationalistischen Strömungen im Land während des Kosovo-Krieges zur Entmachtung Jelzins nutzen wollte, ging der Kreml zur Vorwärtsverteidigung über. Im Mai 1999 entließ Jelzin Evgenij Primakow und ernannte Sergej Stepaschin zum Regierungschef. Die Opposition in der Duma, die Primakows Koalitionsregierung von Reformern und Kommunisten unterstützt hatte, versuchte Jelzin mittels eines Amtsenthebungsverfahrens zu entmachten, doch der Präsident gewann die Abstimmung im Parlament.

Der Aufstieg Putins

Anfang August 1999 entließ Jelzin Stepaschin nach drei Monaten wieder und ernannte Putin, den Vorsitzenden des Föderalen Sicherheitsdienstes (Nachfolgeorganisation des KGB), zum sechsten Premier innerhalb von nur siebzehn Monaten. Die Gründe für den Machtwechsel lagen – wie zuvor bei der Absetzung von Primakow – in der Innenpolitik. Jelzin und seine nähere Umgebung suchten nach einem geeigneten Nachfolger für die Präsidentschaft. Der neue Kremlchef sollte die Interessen der Kreml-nahen Finanzgruppen nicht antasten und die politische Kontinuität im Land bewahren.

Putin gewann im Land rasch an Ansehen und Autorität. Sein Aufstieg wurde von einem wirtschaftlichen Aufschwung in Russland begünstigt. Der Wegfall ausländischer Importe als Folge des Rubelsturzes führte zu kurzfristigen Wachstumsraten in der Inlandsproduktion. Das Wirtschaftswachstum für 1999 betrug wieder 2%. Dem glücklichen Umstand der angestiegenen Ölpreise auf dem Weltmarkt verdankte es ein Energieexportland wie Russland, dass sich seine leeren Staatskassen wieder füllten. Die Regierung sah sich nicht nur in der Lage, die ausstehenden Löhne und Renten an die Bevölkerung auszus zahlen, sondern auch den Militärhaushalt aufzustocken und die einheimischen Rüstungsbetriebe mit neuen Staatsaufträgen zu versorgen. Im Verlauf des Berichtszeitraums konnte der Kreml seine Streitkräfte bedeutend modernisieren. Russland verzeichnete 1999 wieder drei Mrd. Dollar an ausländischen Investitionen. Die Moskauer Börse befand sich wieder im Aufwind. Zur eigenen Überraschung konnte die Regierung die Steuereinnahmen steigern. In Russland breitete sich neuer Optimismus aus, dass das Land seine Wirtschaftsprobleme auch ohne westliche Hilfe lösen könnte. Nur die Auslandsschulden wurden weiterhin schlecht bedient und Moskau bat den Westen um Schuldenerlass.

Jelzin übertrug Putin im Verlauf der nächsten Monate immer größere Vollmachten und zog sich Schritt für Schritt aus der Politik zurück. In der zweiten Jahreshälfte 1999 begann sich Moskau von seiner einstigen Fixierung auf die USA zu lösen. Das massive politische und wirtschaftliche Vordringen der USA in den Kaspischen Raum sah Moskau als eine seiner größten Herausforderungen für die Zukunft.² Einen Ausweg meinte Putin in einer Verbesserung der strategischen Part-

nerschaft mit der EU zu sehen. Als verspätete Reaktion auf die von der EU jetzt verwirklichte Gemeinsame Außen – und Sicherheitspolitik (GASP) wollte Russland bei der Festlegung einer neuen EU-Verteidigungsidentität nicht abseits stehen. Moskau befürchtete, nach der NATO-Osterweiterung und der Stärkung transatlantischer Strukturen auf dem Balkan und im Kaspischen Raum nun auch von den Integrationsprozessen innerhalb der EU isoliert zu werden. Deshalb unterbreitete Putin in einem Strategiepapier an die EU, das er während des EU-Gipfels in Helsinki im Oktober 1999 vorstellte, den Westeuropäern das Angebot des Aufbaus eines paneuropäischen kollektiven Sicherheitssystems auf der Basis einer Kooperation Russlands mit der Westeuropäischen Union (WEU). Putins EU-Strategie sah vor allem eine verstärkte wirtschaftliche Hinwendung Russlands zu Westeuropa vor. Weitere Angebote Russlands an die EU beinhalteten die Schaffung eines globalen Navigations- und Informationsraumes und eine verstärkte Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Schließlich versprach Russland seine Wirtschaftsreformen stärker auf das Modell der sozialen Marktwirtschaft führender EU-Staaten auszurichten, was als Abgrenzung vom liberal-wirtschaftlichen Modell der USA verstanden werden sollte. Doch Russlands politische Annäherungsversuche an die EU blieben unbeantwortet, solange Moskau den Krieg in Tschetschenien fortsetzte.

Putin, der Tschetschenien-Krieg, und der Westen

Das militärische Vorgehen in Tschetschenien, bei dem die russischen Militärs im Kampf gegen die tschetschenischen Rebellen zahlreiche zivile Opfer in Kauf nahmen, rückte Russland an den Rand einer Isolierung vom übrigen Europa. Putins Machtanstieg wurde im Westen sehr kritisch betrachtet – da sein politischer Erfolg ausschließlich mit dem Krieg in Tschetschenien in Verbindung gesehen wurde. In der russischen Gesellschaft dagegen stieß Putins Krieg in Tschetschenien auf breite Zustimmung. Nach den Demütigungen und Katastrophen vergangener Jahre (Niederlage im ersten Tschetschenien-Krieg 1996, Finanzkrach, NATO-Krieg im Kosovo, terroristische Bombenattentate auf Hochhäuser in Moskau im September 1999 und der Überfall tschetschenischer Rebellen auf Dagestan im Juli 1999) war der Ruf nach Recht und Ordnung immer lauter geworden. Putin gewann das Vertrauen der Bevölkerung in die Ordnungsfunktionen des Staates zurück. Innerhalb der Elite und der Armee entstand ein „patriotischer Konsens“, der Russland wieder auf dem Weg zur Großmacht sah.

Im Dezember 1999 fanden in Russland Parlamentswahlen statt. Sie galten als eine Art Vorentscheidung für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr. Niemand hatte im Entferntesten damit gerechnet, daß Putins gerade drei Monate zuvor gegründete Partei „Einheit“ gleich auf Anhieb 23,3% erhalten und den Kommunisten (KPRF) nur um ein Prozent unterliegen würde. Fast im gesamten Norden und Zentralrussland erreichte „Einheit“ die relative Mehrheit. Vom einst mächtigen „roten Gürtel“, den die Kommunisten und ihre Verbündeten in Süd- und Westrussland bislang beherrscht hatten, blieb nur ein schmaler Streifen übrig. Wegen der

großen Zahl siegreicher Direktkandidaten behielt die KPRF zwar zunächst die stärkste Parlamentsfraktion. Doch insgesamt hatten sich die Mehrheitsverhältnisse in der Duma zu Gunsten des Kreml gedreht. Neben der Partei „Einheit“ zogen auch die Demokraten – die „Union der Rechten Kräfte“ und Grigorij Jawlinskij „Jabloko“-Partei – ins Parlament ein. Zwei Drittel des Parlaments wurde erneuert. Die radikalen Splitterparteien der Kommunisten verfehlten den Einzug ins Parlament. Das Parlament war zum ersten Mal in Russland regierungsfreundlich geworden. Putin besaß die taktische Mehrheit in der Duma. Er konnte – je nach Bedarf – mit den Kommunisten oder mit den Reformkräften koalieren.

Putins Popularität war auf dem Höhepunkt angelangt. Wenige Stunden vor der Jahrtausendwende trat Jelzin von seinen Ämtern zurück und machte den Weg frei für vorzeitige und schnelle Präsidentschaftswahlen. Drei Monate später, am 26. März 2000, wurde Putin schon in der ersten Runde zum neuen Präsidenten Russlands gewählt. 52,5% der Wähler stimmten für ihn, 29,4% für den Kommunisten Gennadij Sjuganow, nur 5,8% für den sich tapfer wehrenden Liberalen Jawlinskij. Das Ergebnis bestätigte den bestehenden Trend in der gegenwärtigen russischen Gesellschaft, der bei den Präsidentschaftswahlen 1996 und den Dumawahlen 1999 schon erkennbar geworden war. 60% der Russen stimmte für eine law-and-order Politik, gepaart mit Demokratie und Reformen. Sie sprachen bei den Parlamentswahlen „Einheit“ als der Partei der autoritären Linie, aber gleichzeitig auch der „Union der Rechten Kräfte“, in der sich die wichtigsten Demokraten des Landes versammelt hatten, das Vertrauen aus. Bei den Präsidentschaftswahlen vereinigte Putin diese Stimmen auf seine Person in der ersten Runde.

Im März 2000 erhielt Russland einen neuen starken und handlungsfähigen Präsidenten. Russland beschritt nun den „dritten Weg“ – zwischen Demokratie und Autoritarismus sowie zwischen westlichen liberalen und russischen traditionellen Wertvorstellungen – den 1991-93 Schirinowskij noch im primitiven Chauvinismus, 1996 Lebed in der Politik der harten Hand gesucht hatten, den aber nun Putin – in Anlehnung an die Demokratie – verkörperte. Dass die Manipulationsgewalt des Kremlapparates zum Wahlsieg beigetragen hatte, war natürlich unverkennbar. Insofern war die weitgehend fair verlaufene Wahlprozedur ein wichtiger, doch nur eingeschränkter Triumph der demokratischen Gesellschaft in Russland.

Seine ersten Schritte auf außenpolitischem Parkett stimmten für die Zukunft optimistisch. Nur einen Monat nach seiner Wahl, brachte Putin die Duma dazu, dem kontroversen Start-II-Vertrag und dem Atomteststoppvertrag zuzustimmen. Damit offerierte Putin dem Westen einen neuen offenen Abrüstungsdialog. In der Innenpolitik sagte der neue Präsident der Korruption den Kampf an. Er rief westliche Unternehmer zu Investitionen auf dem russischen Markt auf. Doch zunächst legte er kein Konzept dar, wie er das Fluchtkapital stoppen und die notwendigen Voraussetzungen für westliche Auslandsinvestitionen schaffen könne. Prinzipiell klangen die Absichtserklärungen gar nicht so schlecht. Jeder seriöse Wirtschaftsvertreter wusste, dass ohne eine Wiederherstellung staatlicher Ordnungsfunktionen, eine wirkliche liberale Marktwirtschaft nicht gedeihen konnte. Es gab allerdings Töne in Putins politischen Ankündigungen, die bei westlichen Sicherheitspolitikern instink-

tiv die Alarmglocken schellen ließen. Putins Erlasse über die Wiedereinführung des Militärunterrichts an Grundschulen und massenhafte Einberufungsbefehle an Reservisten für militärische Übungen – Dinge, die mit dem Untergang der Sowjetunion vergessen schienen – ließen auf eine schleichende Militarisierung von Staat und Gesellschaft schließen. Während im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen kein einziges konkretes Wirtschaftsprogramm des Präsidenten das Licht der Welt erblickte, wurde im militär-politischen Bereich die neue Nationale Sicherheitsdoktrin vorgestellt.

Mit dem neuen Mann waren im Westen zahlreiche Hoffnungen auf einen Durchbruch in der Reformpolitik verbunden. Putin selbst nährte geschickt westliche Hoffnungen auf Stabilität in Russland. Erinnerungen wurden wach an das Jahr 1984, als Michail Gorbatschow als Kronprinz die Staatsgeschäfte aus den Händen des sterbenskranken Generalsekretärs Konstantin Tschernenko übernahm und der Westen ihn als einen Politiker feierte, mit dem man, wie Margaret Thatcher sagte, „business“ machen konnte. US-Präsident Bill Clinton griff nach Jelzins Abgang sogar selbst zur Feder und schrieb einen sehr persönlichen Artikel über Jelzin für das „Time Magazine“, in dem er dem Nachfolger Putin wünschte, dass Groznoj von Terroristen bald „befreit“ würde. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer, der britische Premier Tony Blair, NATO-Generalsekretär George Robertson – sie alle reisten nach Moskau, um den neuen Mann zu begutachten. Das Signal war überdeutlich: der Westen streckte Putin die Hand aus.

Nur der Europarat, der über die Einhaltung der Menschenrechte in Europa wacht, verdarb Putin den glanzvollen Aufstieg. Im April 2000 suspendierte er Russlands Mitgliedschaft indem er Russland das Stimmrecht entzog. Damit versuchten die Europäer das stärkste Druckmittel in ihrem Reservoir zu benutzen, um Russland zur Beendigung des Krieges in Tschetschenien zu zwingen. Die russische Delegation verließ daraufhin protestierend die Versammlung.

Doch insgesamt nötigte der Aufstieg Putins auch die EU zu einer neuen Russlandstrategie, die darüber hinaus gehen musste, was man an finanzieller Unterstützung Gorbatschow und später Jelzin gewährte. Im Berichtszeitraum wurde klar: Mit Geld war Putin nicht zu helfen, Russland schien sich wieder genug zu sein, um sein eigenes wirtschaftliches Überleben zu sichern. Die EU stand vor der Notwendigkeit eine neue Zukunftsvision zu entwickeln, wie man Russland, das sich unter Putin wieder gegenüber dem Westen öffnete, in das weltpolitische Design für das 21. Jahrhundert friedlich integrieren könnte.

Russland und die GUS

Die Zerfallsprozesse in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) setzten sich im Berichtszeitraum fort. Auf dem postsowjetischen Territorium begannen sich drei verschiedene „Bündnisse“ abzuzeichnen – mit teilweise gegensätzlichen Interessen. Während sich die Integration der Staaten Russland und Belarus weiter verstärkte, gewann die GUUAM – eine sicherheitspolitische Allianz nach den Anfangsbuchstaben der Mitgliedstaaten Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbajd-

schan und Moldova genannt – immer mehr an Gestaltungskraft, was nicht zuletzt mit einigen grundlegende Entscheidungen der US-Regierung bezüglich der Diversifizierung von Energietransportwegen aus dem Kaspischen Raum zusammenhing. Die US-Administration gab ihre indirekte Unterstützung für die Gründung der GUUAM – als einer alternativen Organisation zur russisch-dominierten GUS.⁵ Georgien, Aserbajdschan und Usbekistan verließen das Kollektive Verteidigungsbündnis der GUS, das heute nur noch aus sechs Staaten besteht: Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien, Kyrgystan, Tadschikistan. Die Transkaukasischen Länder postulierten auf dem EU-Kaukasusgipfel in Luxemburg ihre Orientierung auf die EU und NATO. Zu einem dritten strategischen „Bündnis“ im postsowjetischen Raum entwickelte sich die so genannte „Schanghai-Fünfer-Gruppe“. Während ihres jährlichen Gipfeltreffens, das 1999 in Bischkek abgehalten wurde, legten Russland, China, Kasachstan, Kyrgystan und Tadschikistan ihre früheren Grenzstreitigkeiten bei und einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen „islamische Terroristen“.⁶

Der islamische Extremismus, von Afghanistan aus geschürt, wurde vor allem für Zentralasien eine starke Bedrohung. Im Berichtszeitraum wurden die halbdemokratischen Herrschaftsformen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stabilisiert. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurden in fast allen zentralasiatischen Staaten, sowie in Georgien und Aserbajdschan und schließlich in der Ukraine abgehalten. In keinem dieser Länder fand ein Machtwechsel statt. In der Ukraine versuchte der wiedergewählte Präsident Leonid Kutschma seine Machtpositionen gegenüber der Legislative durch ein Referendum auszubauen. Der Westen selbst hatte lange Zeit mehr Durchsetzungsfähigkeit vom Präsidenten gefordert und die von Kommunisten dominierte ukrainische Verchovna Rada für den Reformstau im Land verantwortlich gemacht. Mit der Berufung des ehemaligen Zentralbankchefs und liberalen Politikers Viktor Juschtschenko zum neuen Premierminister demonstrierte Kutschma endlich die Entschlossenheit, Wirtschaftsreformen mit der notwendigen Zielstrebigkeit und Tatkraft anzugehen. Grundlegende Erfolge wurden allerdings noch nicht erreicht.

Anmerkungen

- 1 Einen hervorragenden Überblick über die Entwicklung Russlands in den letzten Jahren der Jelzin-Ära gibt: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), *Rußland in Europa? Innere Entwicklung und internationale Beziehungen – heute*, Köln 2000.
- 2 S. Garnett, A. Rahr, K. Watanabe, *The New Central Asia: In Search of Stability. A draft report to the Trilateral Commission*, March 2000, S. 21ff.
- 3 Heinz Timmermann, *Europäisch-Russische Partnerschaft: Welche Zukunftsperspektiven?*, in: *Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 14/2000, 15.2.2000.
- 4 Vgl. Diskussion des 116. Bergedorfer Gesprächskreises am 2.-3.10.1999 in Moskau: Körber-Stiftung (Hrsg.) *„Russland in Europa: Zehn Jahre nach dem Kalten Krieg – politische und wirtschaftliche Herausforderungen“*, Hamburg 1999.
- 5 Vgl. J.Janes, O. Kokoshinsky, P. Wittschorek (Hrsg.), *Ukraine, Europe, and the United States. Towards a New Euro-Atlantic Security Architecture*, Baden-Baden, 2000, S. 63 ff.
- 6 Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.8.1999.